

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Verkaufsstellen mit Verkaufspreisen der Zeitung und Beilage
Verkaufspreis wöchentlich 0,20 Mk., monatlich 2,20 Mk., Einzelnummern 10 Pf. Lager bei Bedarf gegen monatlich 2,00 Mk. unter
Steuerband 1,50 Mk. - Anzeigenpreis: Die 10 gelben Zeilen
in der ersten Spalte kosten 10 Pf. pro Zeile. Die übrigen Spalten
werden nach demselben Maßstab berechnet. Die 10 gelben Zeilen
in der ersten Spalte kosten 10 Pf. pro Zeile. Die übrigen Spalten
werden nach demselben Maßstab berechnet. Die 10 gelben Zeilen
in der ersten Spalte kosten 10 Pf. pro Zeile. Die übrigen Spalten
werden nach demselben Maßstab berechnet.

Mit den Beilagen:
"Der Rote Stern", "Der kommunistische Gewerkschafter", "Rote Hilfe",
"Die Kommunistin", "Der Genossenschaftler", "Tribüne", "Der Jungprolet"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Abbestellungsstellen: Berlin 10, Leipziger Straße 10, Telefon 1000
Hamburg, Altona 27, Altonaer Weg 10, Telefon 1000
Köln 44, Altonaer Weg 10, Telefon 1000
München 44, Altonaer Weg 10, Telefon 1000
Stettin, Leipziger Straße 10, Telefon 1000
Sprengel für Reichstag: Berlin, Leipziger Straße 10, Telefon 1000
12-1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend 10-12 Uhr

Nacht Lage Volksbegehren!

Glänzendes Mittwoch-Ergebnis — Verzehnfacht den Massenkampf in der letzten Woche

(Eig. Drahtb.) Berlin, 11. März.
Der Abdruck auf die Eintragungstellen zum Volksbegehren ist auch am Dienstag rapide gewachsen. Nach vorliegenden Teilergebnissen hat die Beteiligung am Mittwoch bis des Montags und Dienstag stark zugenommen. In Berlin sind über 22.425 Unterschriften eingeleistet worden. In der Provinz sind bereits 559.000 Unterschriften eingeleistet worden. Die erste Hälfte des Monats März hat die Beteiligung fortgesetzt. So werden gemeldet aus:
März 27.177 Stimmen, Ostpreußen 17.287, Ostpreußen 3600, Ostpreußen 25.057, Ostpreußen 33.500, Ostpreußen 7288, Ostpreußen 6677, Ostpreußen 28.000, Ostpreußen 10.000, Ostpreußen 8224, Ostpreußen 4557, Ostpreußen 40.000, Ostpreußen 32.000.

handen oder durch geschlossenes Auftreten der Werktätigen gebrochen ist. Daraus ergeben sich unsere Aufgaben für den Roten Landsonntag am 14. März.
Die Sabotage- und Terror-Akte der Reaktion auf dem Lande zeigen sich in der verschiedensten Form. Teils liegen leere Listen aus; das trifft sogar für Gemeinden zu, die demokratische Bürgermeister haben, wie das z. B. aus Merow (Medlenburg-Strelitz) am 7. März gemeldet wird. Am 14. März muß es nicht nur Aufgabe sein, die Gründe für das Nichtausgehen der Listen zu ermitteln und den Bezirksleitungen zu melden, sondern wir müssen Listen mitnehmen, und deren Ausleitung zu erzwingen suchen! In vielen Dörfern fehlt jede Bekanntmachung über das Volksbegehren.

auswärtiges des Völkerbundes eingeleitet, der die Frage prüfen sollte, ob Deutschland die Aufnahmebedingungen erfüllt habe. Zwar waren die Feststellungen dieses Ausschusses absolut wertlos. Doch kündigte er immerhin einen Fortgang der Beratungen an. Nimmere hat der Unter Ausschuss Deutschlands Aufnahme empfohlen.

Zentrum gegen Nachmittags

(Eig. Drahtb.) Berlin, 11. März.
Im Beginn der Reichstags-Sitzung am Mittwoch beantragte Genosse Kädel folgenden kommunistischen Antrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu legen:

„Der Reichstag wolle beschließen, dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu beauftragen, bei den Verhandlungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens in London für die sofortige und vorbehaltlose Ratifizierung einzutreten.“

Der Arbeitsminister wird beauftragt, seiner Auslegung des Abkommens zuzustimmen; die dessen ohnehinnehmbare Bestimmungen hinsichtlich der achtstündigen Arbeitszeit noch weiter veräusere, und nur einer Auslegung und Ausführungsbestimmungen zuzustimmen, die den achtstündigen Arbeitstag ohne Einschränkung gesichert sichern.“

Zur Bearbeitung des kommunistischen Antrages verweigerte Genosse Kädel darauf, daß Brauns am Donnerstag nach London zu der am Montag beginnenden Konferenz der Arbeitsminister abreist, auf der über die einseitige Auslegung des Washingtoner Abkommens beraten werden soll. Ausgerechnet der christliche Gewerkschaftsführer, Zentrum-Andre, widersprach und verhinderte die Behandlung des kommunistischen Antrages. Ein Antrag des Genossen Stoeker am Schluß der Sitzung, den Gegenstand als ersten Punkt der Donnerstag-Sitzung zu behandeln, da die Verhandlungen Brauns mit den Gewerkschaften alle kommunistischen Befürchtungen beseitigten, wurde von den vereinigten bürgerlichen Parteien ebenfalls abgelehnt.

Ein gutes Beispiel

Die Gemehle von Land 10. 11. eine typische Zentrumsdomäne. Von den 406 Reichstagswählern bei der letzten Wahl entfielen auf:

Zentrum 281, SPD 40, KPD 5, Landwirtschaftliche Einheitsliste 15, Kleinbauernbund 59, Wirtschaftliche Vereinigung 2, Mieter und Bodenreformer 4.

Trotzdem sich die Zentrumspartei offiziell gegen das Volksbegehren ausgesprochen hat, hatten sich bis Sonnabend, den 6. März, von diesen 406 Wählern bereits 321 für das Volksbegehren eingetragen lassen.

Noch immer „Befredungen“ in Genf

(Eig. Drahtb.) Berlin, 11. März.
Nach den Nachrichten aus Genf dauern die „Befredungen“ (ins: Einbringungen hinter den Kulissen) noch weiter fort. Um die Zeit auszufüllen, wurde beinahe ein Unter Ausschuss des Aufnahme-

Neue schlesische Einzeichnungsergebnisse

Breslau, 11. März.

Die uns bisher gemeldeten Einzeichnungsergebnisse sind folgend:

Ort	Einwohnerzahl	Einzeichnungen
Breslau, bis zum	10. 3.	52.865
Brieg, bis zum	8. 3.	1.781
Dittersbach, bis zum	8. 3.	1.500
Deutsche Werra, bis zum	9. 3.	569
Glogau, bis zum	8. 3.	814
Hirschberg, bis zum	8. 3.	1.690
Löwenberg, bis zum	8. 3.	441
Ohlau, bis zum	9. 3.	1.165
Ober-Lößnitz, bis zum	10. 3.	198
Schöps, bis zum	7. 3.	59
Siebau, bis zum	10. 3.	700

Arbeitslose Frauen und Männer Breslaus!

Ihr sollt hungern und zahlen! 45 Millionen Erwerbslose gibt es in Deutschland. Ein Drittel davon erhält Unterstützung. Nicht Mark wöchentlich pro Kopf ist der Betrag, mit dem ihr euer Leben fristen sollt.

Die Fürsten aber wollen Milliarden!

Sie verlangen:	Ihr erhaltet:
Land- und Forstbesitz im Werte von einer Milliarde,	Pro Woche und Kopf acht Mark.
Schiffe im Werte von 500 Millionen,	Von 15 Millionen Kriegstrüppchen erhalten 0,5 Millionen nichts, die anderen pro Tag zwei Mark.
Nutzungsgrundstücke im Werte von 200 Millionen,	1.230.000 Invalidenrentner werden mit dem Betrag von monatlich 19 Mark abgepeißt.
Jahresrente und Kapitalien 100 Millionen,	Arbeiterwitwen und Kriegervitwen erhalten 0,50 bis 1,50 Mark.
Kunstschätze, Gold usw. im Werte von 500 Millionen,	
Kapitalvermögen 300 Millionen.	

Die Fürsten wollen also 2 Milliarden, 600 Millionen Goldmark! — Das darf nicht sein!

Aus der Abfindungssumme, die die Fürsten fordern, können alle geplanten Volkswirtschaftsarbeiten in Deutschland finanziert werden. Der Betrag würde ausreichen, allen vier Millionen Erwerbslosen 65 Wochen lang eine Zulagenunterstützung von 10 Mark zu zahlen.

Deshalb muß sich jeder Erwerbslose am Volksbegehren beteiligen!

Zögere keinen Augenblick! Gehe sofort in deinem ureigensten Interesse zu den Einzeichnungslotolen (Turnhalle Vater Jahr und Gefirnathalle).
Dein Name darf in den Einzeichnungslotolen nicht fehlen! Für alle Erwerbslose muß die Parole gelten:

„Reißen Pfennig den Fürsten“

SPD. (Ortsgruppe Breslau)

KPD. (Ortsgruppe Breslau)

Das Volksbegehren auf dem Lande

(Eig. Drahtb.) Berlin, 11. März.

Das Landvolk und die werktätige Bauernschaft ist in ihrer großen Mehrheit für die entschuldigungslose Enteignung der Fürsten für das Volksbegehren. Das bekundete übereinstimmend alle eingehenden Berichte, von denen wir hier nur einige erwähnen wollen:

Kinden in Holstein: Marktfladen mit 1800 Einwohnern fordern auf entschuldigungslose Enteignung und Fernwendung des Enteigneten im Sinne des Gesetzentwurfs wird leibhaftig begrüßt.

Landkirchen: ebenfalls rund 1800 Einwohner. Stimmung äusserst. Aufnahme betreffs des Gesetzentwurfs hier besonders gut.

Burg a. Hebnarn: 3000 Einwohner. Man hat hier keine Freude an den aufzuerwartenden Landarbeitern.
Grundbesitzer (Hellen-Waldbeck): Bestbesuchte Versammlung seit langer Zeit im Orte. Es wurde eine Resolution angenommen, in der Fürstenteignung, Sturz der Lutherregie, und Auflösung des Reichstages verlangt werden. Zustimmung sehr gut.

Dieselben Meldungen aus allen Teilen des Reiches. Die Meldungen werden bestätigt durch die Tatsache, daß in einzelnen Landkreisen bis zu 80 Prozent der Wahlberechtigten sich schon in die Listen zum Volksbegehren eingetragen haben. Etwas tritt aber nur in der Regel dort zu, wo wir durch unsere Propaganda schon vorhergehend haben und wo die Sabotage der Ortsleitungen und der Terror der großen Grundbesitzer nicht vor-

bedeutet ein Machen der Kampfvereine der Massen für den nachfolgenden Volksentscheid.
Alle Ortsgruppen Schlesiens und Ostpreußens sollten sich deshalb diesen Aufruf zum Muster nehmen und in ähnlicher Weise sich nicht nur an die Erwerbslosen, sondern auch an die Frauen, die Kleinbauern usw. wenden. Dieser Aufruf allein genügt selbstverständlich nicht. Aber er ist ein guter Auftakt, ein guter Anfang der gemeinsamen Arbeit zur Steigerung der Massendebatte gegen den

Dieser gemeinsame Aufruf der Ortsgruppen Breslau der SPD und der KPD zeigt, wie notwendig es ist, zur Steigerung des Erfolges des Volksbegehrens gemeinsame Schritte der beteiligten Organisationen zustande zu bringen. Zwar haben gerade die Nachrichten der letzten drei Tage gezeigt, daß an einer Ueberzeichnung des Volksbegehrens nicht gezweifelt werden kann. Aber jede weitere gewonnene Million bedeutet einen größeren Druck auf Regierung und Reichstag, Raubzug der Fürsten.

Vom Tage

Die Zahl der Gewerkschaften hat sich in den letzten Jahren um 27,7% erhöht.

Die „Julio-Spinners und Weberei A.G.“ hat am 1. April d. J. den Betrieb und 1100 Arbeiter und 20 Angestellte.

Die „Städt. W. u. H. B. Brauereibetriebe“ in Glogau hat die bisherige Verwaltung zum 1. März geschlossen und mit einer Verabschiedung von 6-10 Jahren beendigt.

In der Subier Stadtverordneten-Versammlung wurde ein kommunikativer Aufruf zum Volksbegehren wegen der Bürgerlichen angenommen.

Der zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilte frühere Stadtinspektor Wauer hat gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Die „Städt. W. u. H. B. Brauereibetriebe“ in Moskau, die Sowjetregierung werde gegen die Einstellung eines polnischen Militärpostens in Danzig auf das Schärfste protestieren.

Das 1100 Sektar große ehemalige zaristische Gut in Krasse Zergatsch wurde von der Sowjetregierung dem Kleinbauern zur Verfügung übergeben.

In Budapest wurden erneut fast 7000 falsche Tausend-Franknoten gefunden.

Der höchste bulgarische Gerichtshof hat die Todesurteile gegen eine Reihe im Ausland wohnender Bauernführer und ehemaliger Minister im Kabinett Samuilow bestätigt.

Haushalt des Reichsinnenministeriums

Gleich zu Beginn der Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums am Donnerstag zeigte der „Demokrat“ Rück, daß er sich würdig dem Bundes seiner demokratischen Ministerkollegen Gehör und Beifall zuwenden darf. Seine phrasenhaltende Programmrede schloß aber von der Aufforderung, daß man „immer noch einmal Deutschland“ sein müßte, die „Festigung der Staatsordnung“ mit der Bitte an die Deutschnationalen, sich am Ausbau der Republik zu beteiligen. Ein lauten gemaßelter Vorleser, er las die als „Minister für die Beamten“; dann die Herausarbeitung des Innenministeriums als „Zentralstelle der Kulturpolitik“. Mit diesem Wertgehalt war seine Weisheit aber erschöpft — irgendwelche beherrschende Taten gegen das Massenland, gegen die offensichtlichen monarchistischen Treiber hätte man vergebens erwartet.

Sollmann (SPD) führte die Rede als „Sicht des sozialen und kulturellen Staatsgedankens“, bezeichnete am Hand ungehöriger Beispiele die allmächtige Herrschaft der Reaktion.

Der Deutschnationale Berndt und der Volksparteiler Kardoff nahmen sich auch kein Blatt vor den Mund. Wiedereinführung der Schwarz-Karte, Fortsetzung der „Alteilerbschaft des Reichstags“, Beibehaltung der Verfassungsbekanntmachung, wonach die Reichsregierung das Vertrauen des Reichstags braucht, waren ihre übereinstimmenden Forderungen, unterstützt durch die unerschütterliche Drohung, die Regierung möge sich mit den vaterländischen Verbänden besser stellen, da sie nicht wüßte, wenn sie sie wieder zu Hilfe rufen müßte.

Genosse Bera machte auf die Hebererhöhung der Deutschnationalen mit der Partei des Herrn Stresemann aufmerksam und zeigte das Bemühen des Demokraten Rück, die Aera der Deutschnationalen Schiele wohnmöglich noch zu überstreifen. Die laufenden Ausgaben für Bildung, Kunst, Wissenschaft und Gesundheitspflege betragen im Jahre 1925 noch 9.520.000 M., im neuen Etat nur 6.730.000 M.; an einmaligen Ausgaben für die letzten Jahre 1925-22 480.000 M., 1925 nur 9 Millionen. Vergleicht man damit die teilweise von den Ländern getragenen Ausgaben für Polizei, Tena und Spiegel

Arbeitskalender für die Durchführung des Volksbegehrens

1. Vor jedem Eintragslokal müssen ständig zwei (zwei) für Kontrolle, Kunst und Nationalisten stehen.
2. Jeder Genoss, jeder Sympathisierende muß sich täglich sofort nach Arbeitslokal (Erwerbslokal) vorbringen im Eintragslokal zur Nationalistenarbeit melden.
3. Jedes Eintragslokal muß nach außen deutlich kennbar sein mit Transparent „Reinlich Plakate der Parteien“, rote Fahnen, im Schaufenster Plakat „Der Nationalist der Kommunisten“ aushängen.
4. In jedem Geschäft muß ein Plakat „Bekanntmachung“ zum Volksbegehren, sowohl im Laden, den Plakaten, rote Fahnen, im Schaufenster sowie auch in den Schaufenstern ausgehängt werden.
5. Am Sonntag muß jeder Genoss, jeder Sympathisierende zur Landtagung.

Zentral-Komitee der SPD.

Republik von ihren eigenen Stützen, von den demokratischen und sozialdemokratischen Nachhabern selbst, immer und immer wieder vertaten und im Stich gelassen worden ist.

Systematisch wird gegen kommunistische, ja selbst republikanische Beamte vorgegangen. In Thüringen wurden Beamte entlassen, weil sie ein Hoch auf die Republik ausbrachten. In Bayern wurde ein kommunistischer Abgeordneter entlassen, weil er als Reichstagsabgeordneter aufgestellt war und für die Wahl agitiert hatte.

Um die SPD mit allen Mitteln zu zerschlagen, werden die Millionen für die Erhebung des Staatsanwalters für öffentliche Ordnung aufgewendet. In denselben Sinne liegen die systematische Verurteilung der Volkstribunen gegen die Erwerbslosen zu belegen. Genosse Bera richtete Dokumente nach denen die Polizei-Behörden angeordnet und mit allen Machtmitteln unterlagerte Mandate gegen die Erwerbslosen und Truppenalarme gegen singuläre Fälle durchzuführen haben.

Haushaltsausblick

(Eig. Traht.) Berlin, 11. März.

In der Mittwochsberatung nahmen die Vertreter der Kommunistischen Fraktion die Beratung des Etats des Reichsamt zum Anlaß, sich über den Reichsstand und seine Fehler auszusprechen. Der Korrektor dieses unrichtigen Reichsamt hält es die kommunistische Partei für notwendig, daß das Volk ungezügelt einsehen darf, was die Regierung ausführt. Die Vertreter des Reichsamt mußte die Ausführungen der Kommunisten auf Feststellung dieses Arbeiterbudgets wurde von Auswärts angenommen.

Die Beratung über den sehr überhöhten, vorläufigen Reichsamt wirtschaftsamt, der sich zu einer Sonderinteressenvertretung des Großkapitals geworden ist, wählte der SPD-Vorsitzende des Ausschusses, Heimann, entgegen dem Widerspruch der Kommunisten mit Zustimmung aller übrigen bürgerlichen Parteien kurzweg Disjunktion ab.

Die neue Arbeitsgemeinschaft — im Hintergrund?

Die am Samstag auf der im Ruhrgebiet stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften des Ruhrbezirks wurden und deren Verhandlungsergebnisse es habe die neue Arbeitsgemeinschaft am. gestrichelt sah die gesamte sozialdemokratische Partei auf das energischste gegen diese Unterzeichnung. Man stimmt die „Nationalen Volkszeitung“ (Nr. 185 v. 4.3.) in einem Artikel zu jenen Verhandlungen einer Stellung. Die „Nationalen Volkszeitung“ betont, daß die Beteiligten in jener Konferenz dem Nationalrat keinerlei Bericht ausgeben“ hatten und schreibt dann weiter:

„Sens, die das Gras wachsen hören, wollen wissen, daß die neue Arbeitsgemeinschaft Gegenstand der Unterhaltung gewesen ist. Das trifft nicht zu, aber die Frage kann man nicht im Hintergrund.“ (Eberhard im Original, D. Red.)

Die „Nationalen Volkszeitung“ erörtert im Anschluß daran die Haltung der bürgerlichen Presse zu dem „Stichtwort“ Arbeitsgemeinschaft, von einigen erweitert auf den Namen „Zentralarbeitsgemeinschaft“, stellt deren wohlwollende Haltung fest und betont, daß die bürgerliche Presse „im allgemeinen den guten Willen, die Ansätze sozialer Verständigung nicht zu übersehen“ zeige.

Nachdem noch die „N. V.“ feststellt, daß die kommunistische Presse „natürlich an sich über die Möglichkeit einer gewissen Verständigung“ ist und statt Arbeitsgemeinschaft die Einheitsfront auf dem Boden des Klassenkampfes als Parole herausgibt, schreibt sie zum Schluß:

„Die soziale Entspannung innerhalb der rheinisch-westfälischen Wirtschaft, die durch die letzte (1) Verhandlung zwischen dem Arbeitgeber und den Gewerkschaften vorbereitet werden könnte, birgt also zahlreiche Hindernisse, von denen die Arbeiter nicht annähernd wissen, daß sie auf die Dauer stärker sein werden, als der gewaltige Imperativ, der in der harten Notwendigkeit liegt, die Gesundheit der Wirtschaft auch auf dem Wege der Verständigung zwischen den Vertretern der Unternehmer einerseits und der Arbeiter andererseits zu fördern.“

Die „zahlreichen Hindernisse“ glaubt das Zentrumsorgan dadurch überwinden zu können, daß die Sozialdemokratie und die von ihr angeführten Gewerkschaften den „gewaltigen Imperativ“ der Unternehmerpolitik anerkennen und sich demnach zu einer neuen Zentralarbeitsgemeinschaft, die „nennenamt im Hintergrund“ steht, bereit erklären.

Nachdem die sozialdemokratische Presse alle Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen abgelehnt hat, wäre es im Interesse der Klarheit angebracht, daß sich die Führer des Bergarbeiterverbandes und des I.G.B. einwandfrei dazu äußern, inwieweit die Hoffnungen der I.G.B.-Mitglieder auf die Wiederherstellung der Arbeitsgemeinschaft berechtigt sind. So lange dies nicht geschieht, werden sie sich das Vertrauen gefallen lassen müssen, um so mehr, als sie ebensowenig wie die Unternehmer über ihre Verhandlungen irgend etwas in die Öffentlichkeit gebracht haben.

Das neue Briand-Kabinett

(Eig. Traht.) Berlin, 11. März.

Briand hat nunmehr, wie zu erwarten war, ein neues Kabinett gebildet, in dem u. a. übernommen haben: Auswärtiges: Briand; Inneres: Walley; Krieg: Painlevé; Öffentliche Arbeiten: de Monier; das Finanzministerium übernahm Raoul Peret. Auch dieses Kabinett Briand bedeutet wie das vorhergehende eine verstärkte Rechtsentwicklung. Briand steuert vor allen Dingen in den Fragen der inneren Finanzsanierung ganz offensichtlich den Kurs des „nationalen Blods“.

Zeichne auf die Sammellisten zum Volksbegehren

Morgen zum Vohntag gebe jeder einen Groschen auf die Sammelliste der SPD.

Von Hüfn

zu Hüfn ...

Roman einer Frau

108j Von Anna Meyenberg — Der. Mahk-Verlag, Berlin

An selben Nachmittag ging ich zur Straßbahn und saß zu der Arbeit, die am Hände des Briefes stand. Und als ich im Long Island aus der Bahn stieg, dachte mir das Herz stehen zu bleiben, denn der Abendwind war so kalt, daß er mir fast den Atem entzieht.

Ich zeigte einer Frau die Arbeit und erwiderte mich nach dem Weg, da lagte man mit daß, es ganzig Stunden von der Straßbahn dahin entfernt liegt, und daß keine Fahrgelegenheit dort ist.

Der Weg war wie zu weit für mich, aber ich legte mich auf den Straßentempel nieder, bis ich wieder Kraft zum Weitergehen hatte. Das ich endlich das Haus fand, trante ich meinen Augen nicht. Denn das war ja meine Geburt, sondern ein altes, bewährtes Bretterhaus, an dem überall die persönlichen Gegenstände eines Stellers reekt worden waren. Durch die Türen schimmerte Licht, und so wagte ich es, an die Tür zu klopfen.

Ein großer behäuteter Mann öffnete mir und fragte nach meinem Namen.

„Arbeits Jona Strubart hier?“

„Jana!“

„Dann ist sie wohl für einen Augenblick weg?“

„Da unten Sie können bis hinunter.“ Er zog die Tür auf und sagte: „In einer guten halben Stunde können Sie.“

„Ich bin die Mutter der Arbeit“, sagte ich, „und möchte mich auch gleich einmal ansehen, unter was für Umständen meine Tochter arbeitet.“ Ich war bis jetzt noch nie und konnte mich nicht daran erinnern.

„Da sind der Mann zur Seite und ich sah ein. Dort war er auf einer Tür und ich konnte nicht auf.“

Gleich beim ersten Blick hatte ich mögen vor Scham in die Erde sinken, daß mein Kind hier arbeitete.

Da fand ich mich in prächtigen Wandel... und da trafen, jungen ausgeputzten Frauen, an einem langen, hohen Tisch, der

mit hoch einige fleckende Gaslampe helllich beleuchtet war, sah meine Jona unter einer Reihe junger Mädchen, die mich mit breiten, unangenehmen Seiten anstarrten. Wie ein schwarzes Unglück lag sie da. Man hatte ihr eine Kiste auf den Tisch gestellt, die ich mit den Augen warra nicht auf die Finger gerichtet. Sie hatte mein Kommen nicht bemerkt, und wie sie so die dünnen Hände hob und senkte, sah ich, daß keine Fingerhaken daran befestigt waren.

Ich konnte an mir herab und konnte mich meiner Kleidung, dann sah ich wieder auf das Jonaerbild... und ein Schrei kam von meinem Lippen: „Jona! Jona! was ist Du hier? Was hast Du an Deinen Händen?“

„Erstmal ist sie die Arbeit machen und kam auf mich zugehauen.“

„Wann waren die Du herbei gekommen? Der „Hoch“ wird das nicht sein.“ „Das braucht er auch nicht.“ „Sieh Dich sofort an und komm mit mir. So schau ich es nun doch noch nicht, daß Du so schön eine Hand arbeiten magst.“

Dann ging ich zum „Hoch“ und legte ihm einiges über die Luft und harte Arbeit und drohte ihm, bei der Schärfe der Kleidung zu stehen. Und als Jona kam, fragte sie mich die paar Cent, die sie verdient hatte, davon.

„Ja, aber Wohnung angekommen, sah ich sie erst etwas eilen, dann nahm ich sie in die Arme und küßte ihr das Haar. Aber ich war von Schreck fast vom Stuhl gefallen... so verwirrt sah ich sie da sitzen hören aus. Wie schrecklich das Unglück war...“

„Ich bin ein Jona. Du kannst es nicht verstehen.“ „Ich bin ein Jona, denn Du bist die Mutter.“ „Und Du sollst sie nicht mehr länger erziehen. Komme morgen früh gleich nach acht Uhr zu mir und bringe vom „Hoch“ eine Karte mit.“

„Ich will mit Dir gehen, was wir tun können.“ „Sei mir froh, vielleicht ist das die letzte Nacht unter freiem Himmel. Ich möchte dich ein Jahr, und wenn ich sterbe und Seele in Begleitung gehen soll.“

„Du hast mich so sehr lieb.“ „Ich will mit Dir gehen.“ „Ich will mit Dir gehen.“ „Ich will mit Dir gehen.“

„Ich will mit Dir gehen.“ „Ich will mit Dir gehen.“ „Ich will mit Dir gehen.“

„Ich will mit Dir gehen.“ „Ich will mit Dir gehen.“ „Ich will mit Dir gehen.“

„Ich will mit Dir gehen.“ „Ich will mit Dir gehen.“ „Ich will mit Dir gehen.“

„Ich will mit Dir gehen.“ „Ich will mit Dir gehen.“ „Ich will mit Dir gehen.“

einmal auf eine meine Gedichte erinnern konnten, die weiteten sich und mein Herz empfand seit Monaten zum ersten Male wieder das Gefühl, Götze, das mich immer über meinen Jammer erheben hat. Und, als wäre es ein Gefühl des Himmels, das ich nicht wieder entstehen lassen durfte, griff ich zum Bleistift und hielt die Gedichte fest.

Wunsch.

Wenn brauend sich der Sturm erhebt und peitscht die Wellen mit Lust, Du kommst dann über den Regen hinweg und bistel zum Kampf ihm die Brust. Denn irgendwo im Frisgestein brigt sie ihr Mutterglück.

Ob Sturm, ob Regen, ob Donnerlärm, Sie lehrst mit Ruh' und zurück. — Auch ich zog mich die Arbeit aus, hinaus ins Leben voll Hoffen. Da hat mich in dem Kampfgebrüll des Schicksals nie getroffen. Er hat mich getroffen ins tiefste Mark und hat mich gelähmt meine Schwingen. —

„Wahr' ich noch einmal so mutig und frei!“

„Wahr' ich noch einmal so mutig und frei!“

Und meine Seele flirrt wie die Möwe über das weite Meer... flog zurück in ein kleines Dörfchen, wo vor vierunddreißig Jahren eine arme Fräulein dieselben Kampf gekämpft hatte... um ihrer Kinder willen.

Und als Jona kam, da umfachte ich mich einmahl als beide Kinder und weinte nicht und jammerte nicht, ich sagte nur so ganz voll Angst: „Kinder, Kinder, wenn nur alles geht, wenn ich nur nicht auseinander!“

Da schlang die kleine Nina ihre Arme um meinen Nacken und sagte: „Mama, wir haben keine Angst, solange Du nur bei uns bist.“ Da fröhlich schon einer Weile, wenn es auch gar nicht mehr gehen rät. Du fröhlich auch diesmal einen Weg... nicht wahr, Jona, wir sind nicht bang?“

Da bin ich mit meinen Kindern fortgegangen... und trotzdem ich an allen Gliedern zitterte, hatte ich doch ein Gefühl von Bestreitung in meinem Herzen.

(Fortsetzung folgt.)

Reichsbanner und Volksbegehren

Der Kampf um die Entlassung der Reichsbanner ist zu einer ungeheuren Volksbewegung geworden. In ihm steht die deutsche Organisation des Reichsbanner Schwarzrotgold. Diese Massenorganisation, die nach ihrem eigenen Angaben über 10 Millionen Mitglieder nach Millionen zählt und als oberstes Ziel den Sturz der heutigen Republik angibt, hat durch den Kampf um die Entlassung der Reichsbanner einen neuen Aufbruch erlebt. Sie hat sich als die mächtigste Organisation der Arbeiterbewegung herausgestellt.

Zunächst ist das Reichsbanner über diese schändliche Stellung der Bundesleitung eine begeisterte Erregung der Mitgliedschaft mehr und mehr demeritbar macht. Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man behauptet, daß mindestens 90 Prozent der Mitgliedschaft für die radikalste Entlassung der Reichsbanner eintritt und darin mit vollem Recht die Republikarität der Reichsbanner erblickt; denn die Wahlen ohne Geld sind machtlos für den Arbeiter im Reichsbanner längst kein Geheimnis mehr.

Als letzterzeit das Reichsbanner gegründet wurde und Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten, d. h. die Schwarzen, die Roten und die Gelben sich zusammenschlossen in dieser Organisation, erhoben die Kommunisten ihre Stimme und warnten die Arbeiter vor der Verkopplung mit Elementen der Bourgeoisie. Der republikanische Charakter der Demokraten und namentlich der Zentralisten war schon immer allzu durchsichtig. Als gar das Bundesstatut vorlag, daß von der Bundesleitung bis hinunter zu der kleinsten Ortsgruppe alle Funktionen paritätisch von den drei Parteien besetzt werden müssen, stand für jeden einsichtigen Arbeiter fest, daß die Zweiparteimajorität der Bourgeoisie in der gesamten Führung diese Organisation in allen Fragen tatsächlichen Republikanismus lahmlegen würde. So kam es, daß bei der Präsidentenwahl Braun zugunsten des Kuffner-Waars zurücktrat, und so ist es gekommen, daß die Reichsbanner der reaktionären Luther-Regierung, Demokraten und Zentrum, ihren verhängnisvollen Einfluß auf das Reichsbanner ausübten, indem sie diese Organisation bewußt ausschalteten, um gegen den Volkswillen ihr schändliches Kompromiß mit den Fürsten erschließen zu können.

Nun besteht aber die Mitgliedschaft des Reichsbanners zu 90 Prozent aus Arbeitern, und zwar aus solchen Arbeitern, die sozialdemokratisch oder sozialdemokratisch organisiert sind oder zumindest der SPD. politisch sehr nahe stehen. Die sozialdemokratische Chemiker, „Vollstimme“ bezeichnete einmal die Reichsbanner-Demokraten als „Offiziere, die Mannschaften suchen“. Die Arbeiterschaft hat nun diesen Bourgeois „Offizieren“ genug Mannschaften gestellt mit dem Ergebnis, daß diese Mannschaften von ihren bürgerlichen „Führern“ bewußt belogen und betrogen werden.

Wie die Konterrevolution diese Reichsbannerführer einschätzt, bemerkt nicht nur, daß Börling von den „Waterländischen“ ausgerufen war, vor Hindenburg die Forderung dieser Sippschaft wegen Schaffung eines „Helden-Heines“ zu vertreten, das bewiesen auch die Ausführungen des „Jungdeutschen“ vom 25. „Sonnung“ (Februar) über die Hamburger Tagung des Reichsbanners. Er schreibt u. a.:

„Von der Rede Brauns abgesehen, waren die Auslassungen der übrigen Redner einigermaßen freibleibig und neutral. Ja, es wurden sogar durchaus nationale Töne angeschlagen. Dies zeigt die erfreuliche Entwicklung, die der nationale Gedanke im Reichsbanner nimmt... Die Ansprache des Hamburger Bürgermeisters Dr. Peterlen gab am deutlichsten dem Willen zur nationalen Entwicklung Ausdruck. Es fielen in dieser Rede mehrfach Ausdrücke, die auch von jugendlichen Meistern gesprochen sein könnten.“

Das Satirefeuilleton „Der Jungdeutsche“ schreibt dann noch:

„Es ist nicht unsere Sache, auf das Reichsbanner in dem einen oder anderen Sinne einzuwirken zu wollen. Die Kämpfe werden im Reichsbanner selbst ausgetragen werden müssen und die Bundesangehörigen mögen sich selbst und völlig unbeeinträchtigt entscheiden, wie sie sich die weitere Arbeit des Bundes denken und nach welcher Richtung sie marschieren wollen.“

Im Reichsbanner werden Kämpfe um die Marschrichtung ausgetragen werden müssen. Der Franzosen-Jungdo hofft, daß die Mitgliedschaft des Reichsbanners den nationalen Neutönen nachlaufen wird. Das wird aber bestimmt nicht der Fall sein. Das Volksbegehren hat den Mitgliedern des Reichsbanners die Augen geöffnet. Die Mitglieder, die darauf gedrängt haben, gegen die Fürsten und ihre Knechte marschieren zu können, haben den Krebsknoten der bürgerlichen Führung, den Fluch der „Partität“, voll und ganz erkannt. Im Reichsbanner werden Kämpfe um die Marschrichtung ausgetragen werden, d. h. die Mitgliedschaft wird darum kämpfen müssen, daß ihr Wille, der Wille von 90 Prozent Arbeitern auch in der Führung entsprechend gewürdigt wird. Die Forderungen der Opposition im Reichsbanner lauten:

Schlus mit der Partität! Wahl der Führung aus der Mitgliedschaft entsprechend der Zusammensetzung der Mitgliedschaft! Schlus mit der uneligen bourgeois Kompromißerei! Einheitliche Front aller Wertigen gegen die Monarchie und ihre Helfershelfer! Marschrichtung: Links!

Zurzeit versucht die bürgerliche Führung des Reichsbanners die proletarische Opposition innerhalb des Reichsbanners mit organisatorischen Mitteln, Massenausweisungen usw. mundtot zu machen. Die bürgerlichen Führer appellieren an die Disziplin und verstoßen darunter einen Freibrief für ihr schändliches Treiben.

Das Volksbegehren hat nicht nur für alle Zeit den monarchistischen Gedanken in Deutschland schwer erschüttert. Es hat auch der Autorität jener demokratischen und zentralistischen „Republikaner“ einen schweren Stoß versetzt, die da geglaubt hatten, Volksinteressen hinter Fürsteninteressen stellen zu können.

Der „arme“ Kronprinz

Die konservative Berliner „Kreuz-Zeitung“ berichtet täglich über die nach ihrer Meinung wichtigsten Vorläufer im „Königlichen Hause“. Vor einigen Tagen meldete sie:

„Seiner Kaiserliche Hoheit der deutsche Kronprinz ist gestern in Minzlo (Schweiz) eingetroffen, wo er die Villa Rocca-bella gemietet hat. Der Kronprinz verweilt für einige Monate Aufenthalt in Minzlo zu nehmen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ ist sehr unvorsichtig. Auch in deutschen nationalen Kreisen regt sich der Widerspruch gegen die

Wiederentdeckung der Schenkens. Nach dem von „Der auf Ode“ gemachten statistischen Überblick über die finanzielle Verhältnisse der Reichsbanner, die es dem „Kron“ sehr gut geht.

Wo bleibt die Reichsregierung?

Wichtige Notierung fordert zum Verfassungsbruch an

In Bayern hat die Staatsregierung gegen das Volksbegehren eine Rundgebung erteilt, in der es heißt:

„Über den Standpunkt der Reichsregierung nach der bayrischen Staatsregierung teilt sich demgemäß das Volksbegehren ab. Ich will, kann ich in den Lagen nicht einmischen.“

Im übrigen bedauert die bayrische Staatsregierung sehr, daß die Werbung für das Volksbegehren zu Ungunsten auf das

Beste Mittelrecht kommt, wenn es, wenn die Reichsregierung die Reichsregierung nicht um die Reichsregierung bitten kann. Die Reichsregierung ist die Reichsregierung, die die Reichsregierung der Reichsregierung anordnet.

Die Reichsregierung ist die Reichsregierung, die die Reichsregierung der Reichsregierung anordnet. Die Reichsregierung ist die Reichsregierung, die die Reichsregierung der Reichsregierung anordnet.

Die Reichsregierung ist die Reichsregierung, die die Reichsregierung der Reichsregierung anordnet. Die Reichsregierung ist die Reichsregierung, die die Reichsregierung der Reichsregierung anordnet.

Die Reichsregierung ist die Reichsregierung, die die Reichsregierung der Reichsregierung anordnet. Die Reichsregierung ist die Reichsregierung, die die Reichsregierung der Reichsregierung anordnet.

Schlesische Wirtschaft

Krise in der schlesischen Textilbranche

Eine der Industrien, die besonders die Wucht der Krise zu spüren bekommt, ist die Textilindustrie. Das gilt nicht nur für die momentane Krise, sondern ganz allgemein. Schlesien braucht auch der Arbeitslose in der Krise ein gewisses Lebensmittelanheim, um nicht schlecht als recht sein können. Und auch die Kapitalistenklasse räumt — großartig wie sie ist — der industriellen Arbeiterarmee ein „Recht auf Existenz“ ein; freilich nicht aus christlicher Nächstenliebe, sondern aus der sehr begründeten Einsicht heraus, daß der Konsum des Arbeiters in dieser so zweckmäßig eingerichteten Welt gleichzeitig die Produktion der für den Kapitalisten unentbehrlichen Ware ist — der Ware Arbeitskraft, ohne die die Kapitalistenklasse ihr parasitäres Dasein auch nicht einen einzigen Tag fortsetzen könnte.

Für die Herausfindung des Profits aber ist die Vermeidung des Arbeiters eine untergeordnete Angelegenheit. Sie ist den Kapitalisten in der Tat Jode wie Jode. In der Krise nun, wo Millionen aus dem Produktionsprozess herausgeschleudert sind, und wo die Löhne der Beschäftigten auf das mögliche Tiefmaß herabgedrückt sind, tritt der Bedarf nach Kleidung hinter dem Bedarf an den notwendigen Lebensmitteln und an einer dürftigen Wohnungsmöglichkeit zurück. Jede Statistik der Konjunkturschwankungen zeigt auch eindeutig, die Tatsache, daß von allen Konsumtionsmittelindustrien die Textilindustrie am meisten durch die Stürme der Krise heimgesucht wird.

Andererseits tritt der zurückgehaltene Bedarf an Kleidung dann in der Hochkonjunktur um so stärker hervor und die Entwicklung der Textilindustrie wird durch eine intensive Nachfrage begünstigt. So stellt der Stand der Textilindustrie einen brauchbaren Maßstab für die Beurteilung des Wirtschaftslagens dar.

Wie eine Untersuchung der Kontur in Januar und Februar zeigt, nehmen die Textilgeschäfte prozentual die erste Reihe ein. Auch in Schlesien, und vor allem Breslau, in dem der Textilhandel eine bedeutende Rolle spielt, mußten eine Reihe sehr bekannter Firmen Geschäftsaufsicht beantragen oder Konkurs anmelden. So enthält die letzte Nummer der „Textil-Woche“ die Nachricht, daß unter anderen Firmen auch die bekannte Arbeiter-Konfektionsfirma Großmann & Pöschner ihre Zahlungen einstellen mußte.

Die Krise in der Textilindustrie erfährt weiter eine besondere Beleuchtung durch die eben beendete Breslauer Messe, bei der eine ganze Reihe bekannter Firmen, die sonst regelmäßig die Messe besucht hatten, diesmal durch ihre Abwesenheit gänzlich. Sogar die Textil-Werke in Langenbielau waren diesmal nicht vertreten.

Auch der Monatsbericht der Industrie- und Handelskammer in Silesien, den man übrigens nur mit der nötigen Portion Vorsicht genießen kann, malt in schwarzen Farben die Lage der gerade in diesem Kreise stark vertretenen Textilindustrie. Von 30 Spinnereien in der Leinenindustrie lagen zehn völlig still, während die übrigen stark verkürzt arbeiteten. Auch die Webereien haben Feuerschichten eingelegt.

Eine Besserung in der Textilindustrie kommt in den nächsten Monaten wohl kaum in Frage. Die stillgelegten Webstühle, die hungernden Textilarbeiter, denen auf der anderen Seite Millionen in elenden Lumpen gehüllt entgegengetreten, sind ein besonders schöner Beweis für die gottgewollte Notwendigkeit der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Große Gewinne des Bankkapitals

Seit der Stabilisierung der Währung hat sich die alte Vormachtstellung des Bankkapitals, die durch die Inflationsereignisse gebrochen war, wieder durchgesetzt. Das Bankkapital hat die Kapital- und Kreditnot geschickt dazu ausgenutzt, um große Gewinne, meistens durch die Wucherzinsen, einzuhemsen. Auch die kleineren schlesischen Banken schützten hohe Dividenden aus, wie die folgenden Meldungen zeigen:

Verinsbank Trachenberg. Nach dem Geschäftsbericht ist der Verlauf des Jahres 1925 zufriedenstellend gewesen. (Das glauben wir. D. R.) Die Bilanzsumme vergrößerte sich von 57 000 Rm. im Vorjahre auf 116 000 Rm. Spareinlagen und sonstige Kreditoren haben sich von 37 000 Rm. auf 76 000 Rm. Der Reingewinn beträgt 6500 Rm., wovon 1125 Rm. für eine aufzurückende Hypothek zurückgestellt werden. Der Generalversammlung wird vorgeschlagen werden, 15 Prozent Dividende zu verteilen und 4200 Rm. den Reserven zuzuführen, welche dann auf ca. 17 000 Rm. anwachsen. Der Kassenbestand sowie die sofort als verfügbar vorhandenen Guthaben bei Großbanken und auf Postfachkonto betragen laut Bilanz Ende 1925 19 600 Rm.

Verinsbank zu Grünberg e. G. m. b. H., Grünberg. Die Bank vereinnahmte im 1925 insgesamt 116 307 Rm. Davon entfielen auf Zinsen 113 883 Rm. (1) auf Provisionen 1376 Rm. auf Effekten 1048 Rm. Verbleibt ein Reingewinn von 12 024 Rm. Davon werden 12 Prozent gezahlt.

Ein größerer Kredit für das Niederschlesische Steinlohn-Syndikat. Aus Gottesberg wird von der bürgerlichen Presse gemeldet: „Auf eine Eingabe des hiesigen Magistrats betreffend

Änderung der Lage der Waldenburger Bergarbeiter ist vom Reichsarbeitsminister eine Mitteilung eingegangen, laut welcher bereits mehrfach Besprechungen der Reichsminister und der Preussischen Ministerien über derzeitige Maßnahmen stattgefunden haben. Gelegentlich dieser Besprechungen sei von allen Behörden betont worden, daß der Frage der Gewährung von Staats- oder Reichszuschüssen zu den zu zahlenden Löhnen nicht näher getreten werden könne, doch sei andererseits dem Waldenburger Kohlen-Syndikat ein großer Kredit mit eingeräumt worden, um die Werke in die Lage zu versetzen, die Löhne zu zahlen, die in der Zwischenzeit ohne Erhöhung erfahren haben. Auch seien dem Regierungspräsidenten in Breslau erhebliche Beträge aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zur Förderung der Neubautätigkeit überwiesen worden.“

Wir haben im letzten Bericht die Vorgänge im Niederschlesischen Kohlenbergbau näher beleuchtet. Da die Arbeiterschaft auf Grund aller Erfahrungen dem Niederschlesischen Steinlohn-Syndikat mit größtem Mißtrauen gegenübersteht, wird es ihre Aufgabe sein, dahin zu wirken, daß Gewerkschaften und Betriebsräte ein genaues Kontrollrecht über die Kredite bekommen. Ueberhaupt ist die Kreditgewährung an das Syndikat als Antwort der Regierung auf die Eingabe des Gottesberger Magistrats mehr als bezeichnend für den Charakter der Luther-Regierung.

Aktienkurse im Februar

Im Februar hat sich die Aufwärtsbewegung an den Aktienmärkten noch teilweise fortgesetzt. Wir haben an dieser Stelle, als im Januar die Aktien sprunghaft in die Höhe schossen, diese Erscheinung auf ihre Ursachen und Wirkungen hin behandelt. Inzwischen ist die himmelhoch laudende Stimmung, die damals die bürgerliche Presse zur Schau trug, rasch genug durch einen kalten Regen abgelöst worden. Wir fürchten nur, daß dies nicht das letzte Mal gewesen ist.

An der Aufwärtsbewegung haben vor allem die Bankaktien teilgenommen. Bei den hohen Zinssätzen sind die Gewinne der Banken nämlich sehr hoch. Wenn der aus der Mehrarbeit der Arbeiter herausgewonnene Mehrwert sich in verschiedene Teile abspaltet, industrieller Profit, den die industriellen Kapitalisten bekommen, Zins, den die Geldkapitalisten sich aneignen usw., so ist in der letzten Zeit die Zinsportion auf Kosten des industriellen Profits gewachsen. Die Bankaktien werden deshalb sehr hoch bewertet.

Früher, in der Vorkriegszeit, hat die Börse eine sich anbahnende Konjunktur durch Effektensteigerungen signalisiert. Die augenblickliche Steigerung des Aktienindex hat nur in der Phantastik der Generalanleiherpreise mit einer vor der Tür stehenden Hochkonjunktur etwas zu tun. In Wirklichkeit entzündet sie der starken Geldfülle, die sich in der Spekulation ausbreitet, da durch die Krise eine Neuanlage von Betrieben und Fabriken verhindert wird.

Breslauer Messe

Das Resultat der Breslauer Messe hat die von uns angekündigte Pleite bestätigt. Das Ergebnis der Messe war ein Reflex der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Nicht ein einziger Aussteller scheint auf seine Kosten gekommen zu sein. Die Meinung aller Aussteller ist, daß dies die letzte Messe ist. Solange nicht die Kaufkraft der breiten Masse gehoben wird, solange müssen auch diese Messen „Erfolge“ aufweisen. Die Messe bot das gewöhnliche Bild. Alles wurde in größter Auswahl angeboten. Aber das einzig wirklich interessante in der Ausstellung waren die russischen Plakate. — Prachtvolle, lebende Bilder zeigen den gigantischen Kampf des russischen Volkes gegen die imperialistischen Mächte aller Länder, den Kampf, den es gegen Hunger, Typhus usw. führen mußte. Weitere Bilder zeigen den sozialistischen Aufbau. Diese Ausstellung ist auch noch jetzt zu besichtigen, da sie verlängert wurde.

Zur ganzen Betrachtung, weist die Breslauer Messe nur darauf hin, daß der Mehrpartikularismus die äußeren Pleiteerscheinungen nur noch zu verschärfen geeignet ist. Jedes Landchen will seine Messe, aber das sich in einer ersten Krise befindliche kapitalistische Deutschland erträgt nicht einmal diesen Messerummel mehr.

Neuere Wirtschaftsnachrichten

Gorkauer Societätsbrauerei A. G. Nach dem Bericht des Vorstandes hat im Berichtsjahr die Steigerung des Bierabfahres weiter angehalten. (1) Im Zusammenhang hiermit sind größere Anschaffungen und Verbesserungen der Betriebsanlagen erforderlich, die auf den einzelnen Aktioforten der Bilanz als Zugänge erscheinen. Der Bruttogewinn befreit sich einschließlich Gewinnortrag 1923/24 auf 212 519 Rm.

Hohe Dividende bei den Steingutwerken A. G. Breslau. In der am 6. März unter Vorsitz von Senator Hugo Schallig stattgehabten ordentlichen Hauptversammlung war ein Aktienkapital von 1 214 100 (insgesamt 1,26 Millionen) Reichsmark vertreten. Die auf der Tagesordnung stehenden Regularien wurden einstimmig genehmigt und beschlossen, aus einem Reingewinn von 191 235 Reichsmark eine Dividende von 12 vom Hundert zu verteilen. Die Ausichten für das neue Geschäftsjahr werden nicht ungünstig beurteilt.

Aus Betrieb und Werkstatt

Die Wagen!

(Von einem Werkstattmeister)

Die Grube stellt
wenn der Wagen rollt
Alles ist gut
Denn doch kommt die Mut aus der!

Die Grube stellt
wenn der Wagen schließt.
Die Schmiere fehlt.
Der Rumpel ist auch. Verflucht!

In der Straße lang
schindt sich krank
der Rumpel vor Ort.
„Reistung muß fort!“ der Steiger schreit.

Die Grube stellt
wenn der Wagen gut rollt.
Die Grube kreischt
wenn der Wagen was schreit
und der Rumpel die Verwaltung nicht!

Beschwerde läuft.
Ingenieur sich raust
in paar Worten aus. „Was?
Die Schmiere ist gut.
Reparaturen voll Mut fährt die Werkstatt aus.“

Es schilt das Rad,
die Achse alldi.
Der Wagen flüht.
Der Rumpel schwingt — vor Schinderei.

Die Kinderhilfe-Woche der Roten Hilfe

In den Betrieben darf diese Woche nicht die Kinderhilfe-Woche der Roten Hilfe unbesprochen bleiben. In dieser Woche werden Gelder für die weitere Aufrechterhaltung der Kinderheime gesammelt. Auch in den Betrieben ist zu sammeln. Denn die Not unter den Opfern der Klassenjustiz ist groß. Der Staat wie auch jede Gemeinde lehnt es zumeist ab, die Familien der politischen Gefangenen zu unterstützen. Wie oft ist es schon passiert, daß Frauen auf Wohlfahrtsämtern erklärt wurde: „Wir können Ihnen nichts geben; Ihr Mann brauchte sich ja nicht um solche Sachen kümmern.“ Also, neben den ungeheuren Urteilen, den Gefängnisstrafen gegen Klassenbewußte Arbeiter verliert die Bourgeoisie auch noch, die Familien ins größte Elend zu bringen. Das muß von der Arbeiterklasse selbst verhindert werden. Das aber kann die Arbeiterklasse nur durch praktische Solidarität verhindern, die sie an den Opfern der Klassenjustiz hat. Neben den Einzel- und Kollektivmitgliedern ist es Pflicht der Arbeiter, durch Spenden auf den Sammellisten für die Kinderhilfe der Roten Hilfe Kinderheimen das Weiterbestehen zu ermöglichen.

Erstöpft zusammengebrochen in der Gölzinger Waggonfabrik

(Von unserem Betriebsberichterhatter)

Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert! Dieses altbekannte Sprichwort liegt im Betriebe der Humag, Abt. Waggonbau, außer Acht gelassen zu werden. Berechnenderweise ist es wieder eine Abteilung, die das zweifelhafte Vergnügen hat, unter der Leitung eines Herrn zu arbeiten, der seinen ganzen Ehrgeiz darin zu legen scheint, die Arbeiterklasse zur Verzweiflung zu treiben. Nicht genug, daß der einzelne Arbeiter bei ihm gar nichts gilt! Vor einiger Zeit wurde ein Arbeiter von ihm gezwungen, eine Arbeit zu verrichten, der sein zerrütteter Gesundheitszustand nicht gewachsen war. Trotz Hinweis des Arbeiters auf seinen Gesundheitszustand wurde er beauftragt und verhöhnt und ihm, der über 20 Jahre im Betriebe arbeitet, die Entlassung in Aussicht gestellt. Der Arbeiter tat seinem Feind den Gefallen und arbeitete so lange, bis er zusammenbrach und monatelang krank lag.

Kann hat wieder ein Schindel das Unglück gehabt, trotz anmerkenswerter Arbeit, einige Tage Auszahlung zu machen. Der Arbeiter ist bestraft worden. Eine Beschwerde bei der Verwaltung hatte nur den Erfolg, daß man in Zukunft dem Arbeiter den vollen Schaden ersetzen lassen will. Das dürfte dazu führen, daß der Arbeiter bei den manuellen, oft wenig lohnwürdigen Aufgaben für die Säbender anderer bluten soll.

Schwerer ist Herr Korbach, über dessen leuchtende Fähigkeiten kaum Meinungsverschiedenheiten bestehen, in den Augen der Verwaltung eine Kapazität erster Größe. Wenn die Direktion glaubt, durch derartige Erwägungen die Arbeiter noch mehr zu zermürben, dürfte sie sich täuschen. Nur weiter so, der Arbeiter wird dann nur zu eher begreifen, was ihm not tut.

Die Damesonne in der Mechanischen Weberei in Bellenhain

(Von unserem Betriebsberichterhatter)

Die Damesonne liebt in die kurze mechanische Weberei. Wir machen einmal diesen Betrieb unter der Leitung der Herrin-Jahnsche herrschen lassen. In einem Teil wird in zwei Schichten zu je acht Stunden gearbeitet, neun Stunden werden aber von der Schichtleitung bezahlt. Die Arbeiter werden bezahlt, daß die gute Abwesenheit bezahlt aus für 8 Stunden Arbeitszeit neun Stunden. Aber der größte Teil der Arbeiter weiß nicht, daß hier etwas dahinter steht. Häufig: sollten die Arbeiter einmal rekrut werden und den Schichtleitung verlangen, so wird von der Schichtleitung die Schicht leinere. Ihr wollt ja neun Stunden bezahlt haben, da könnt ihr auch neun Stunden und mehr arbeiten.“ Während ebenfalls ein ungeheurer Lohnüberschuß herrscht, haben in dem anderen Teil der Fabrik ein großer Teil der Arbeiter die Kündigung erhalten und es steht noch nicht einmal fest, daß auch einmal die ganze Schicht auf die Straße geworfen wird. Auch hier heißt es: die Augen der Arbeiter offen halten. Ich als ein wenig denkender Arbeiter sehe in der Kündigung einen Vorwand der Schichtleitung auf die Frauen. Ein großer Teil der Arbeiter wird entlassen, nach einigen Tagen oder Wochen werden sie wieder frisch eingestellt. Sofort haben die nun eingestellten Arbeiter kein Recht auf Lohn. Nur wenn es Pflicht des Schichtleiters, einmal unter den Arbeitern Aufklärung zu schaffen. Wir würden uns überhört, daß der Schichtleiter in dieser Beziehung so viel zu sagen übrig läßt, aber hat er ein Interesse daran, daß die Arbeiterklasse nicht angeleitet wird?

Wir fordern in allererster Linie offene Schichtversammlungen, damit die Arbeiter gehoben werden können, den Arbeitern über-

Die Herren Döhn und Schön in der „Zugillote“

(Von unserem Betriebsberichterhatter)

Die zwei „Herren“ sind Kapitalisten in der Textilindustrie. Der erste „Herr“, der zweite „Herr“ sind neulich, während sie in Anbetracht der Lage der Arbeiterklasse, in der ein Stellungswort fast unendlich ist, die Unmöglichkeit für gütlich zu finden, ihre „unterständlichen“ an den Fabrikanten, besonders an den weiblichen, auszuweisen. Anders sind die Kapitalisten dieser beiden Herren nicht zu verstehen. „Wenn sie nicht mehr arbeiten können, werde ich die Welt fahren“, ist noch der seltsame Ausdruck des Herrn Döhn gegenüber den weiblichen Arbeitern, die vier Tage in der Woche für 8 Mark arbeiten müssen. Die wünschen ihm, wenn er als Kapitalist unbrauchbar geworden ist, daß sie ihn oben angeführten Worte bei ihm zur Geltung kommen. Vielleicht wird er dann erkennen, wenn es zu spät ist, was er war. Bis dahin aber empfehlen wir beiden Herren, sich zu nähigen.

Verhöhnung der Eisenbahner

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterhatter)

Die Eisenbahnerverbände haben im Vorjahre einzelne Paragraphen des Reichslohngesetzes gekündigt und der Reichsbahn-Gesellschaft neue Forderungen unterbreitet. In Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn-W.G. verweigerten die Tarifgewerkschaften mit den geringsten Forderungen — Erhöhung der Stundenlöhne um 15 Pfg. und Durchführung des Achtstundentages — einige Verbesserungen für die Eisenbahner herauszuholen. Diese Verhandlungen lösterten aber sofort an dem starren Verhalten der Vertreter der Reichsbahn-Gesellschaft, die erklärten, daß sie wegen der Zahlung der Reparationskosten keinerlei Zugeständnisse machen könnten. Die Erklärung stand im Widerspruch mit den Tatsachen. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat durch Abbau von Gebäuden und Niederkaltung der Gehälter und Löhne der mittleren und unteren Beamten und Arbeiter große Ueberschüsse heraus-

gebracht. In der Reichsbahn-Gesellschaft nicht nur die 20 Millionen Reichsmark Reparationskosten zu zahlen, sondern einen ähnlichen Betrag in gleicher Höhe für weitere Reparaturen auszugeben bereit liegen sollte. Außerdem wurde ein Betrag in der Höhe von 10 Millionen Reichsmark (Wohlfahrtszulagen) für gebildete Beamte ausbezahlt und ungenutzte Beträge für die sogenannten „Kassen“ aufbewahrt.

Trotz dieser allgemeinen bekannten Tatsachen haben sich die Eisenbahner von den Tarifgewerkschaften auf den Schicksal des ansehnlichen „Schlichters“ verlassen lassen, dessen Entscheidung nicht gerade günstig für die Eisenbahner ausgefallen ist. Hiernach sollte den Lohngruppen 1-5 1 Pfg. den Lohngruppen 6-7 2 Pfg. pro Stunde zugelegt werden unter Fortfall der Sozialzulage. — Frauen und Kinderzuschlag, der Krankheitskassen — Aber auch diese geringe Zulage verweigerte die Reichsbahn-Gesellschaft. Sie erkennt diesen Zuschlag nicht an. Die Klage der Tarifgewerkschaften beim Landgericht Berlin gegen die Reichsbahn-Gesellschaft auf Zahlung der vom Schlichter entworfenen Lohnzulage wurde am 4. März d. J. kostenpflichtig abgewiesen. Es besteht demzufolge hinsichtlich der gekündigten Paragraphen des Lohntarifvertrages ein vorübergehender Zustand.

Die Reichsbahn-Gesellschaft hat demgegenüber höchst selbständig an einzelnen Orten vertriehener Begleiter im Reich die letzten Klagen erhöht um dadurch ein geschlossenes Vorgehen der gesamten Eisenbahner Misere zu machen.

Eisenbahner! Laßt diese Verhöhnung nicht auf Euch sitzen; ermahnt Eure Kollegen zur Aktivität. In allen Betrieben muß sofort Stellung genommen werden zur Erklärung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wer sich jetzt noch entgegenstellt, begeht ein Verbrechen am Gallienstempel der Eisenbahner. Zur Durchführung des Kampfes ist eine kampfbereite Organisation notwendig. Deshalb, Eisenbahner, hinhin in die freie Eisenbahnergewerkschaft. Diese Provokation der Reichsbahn-Gesellschaft erfordert sofortige Bildung einer gemeinsamen Kampfkraft der Eisenbahner. Die Mitglieder der Eisenbahnerverbände müssen sofortige Einberufung von Eisenbahner- Versammlungen von ihren Führern verlangen, die notwendig sind zur Bildung einer gemeinsamen Kampfkraft im ganzen Reich.

Gewerkschaftler, unterstützt das Volksbegehren!

„Den beiden antragstellenden Parteien kann diese Arbeit nicht allein überlassen bleiben.“

Die Tatsache, daß die Lutherregierung und die bürgerlichen Parteien auf der einen Seite Milliardenwerte des Fünftelgeldes zu bewahren wollen und andererseits den Erwerbslosen, Kurzarbeitern, Kriegsteilhabern, Arbeitslosen usw. eine jämmerlich geringe Unterstützung geben oder überhaupt nichts geben, macht es jedem Gewerkschaftler zur proletarischen Pflicht, alle Kräfte für das Volksbegehren anzupacken. Den Schreckenslistigen werden Millionen an Steuern abgezogen und den Betroffenen immer noch Steuern von Lohn und Gehalt gezahlt. Die aufstrebende Jugendkraft der Lutherregierung gegenüber dem Volke ist die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder für das Volksbegehren zu werben. Ueber die vier Millionen Stimmen hinaus müßten sich große gewaltige Mächte der Welt gegen die Fäden der vollen Erfolg zu ziehen, was nur die Aktion der Gewerkschaften zu leisten und die proletarische Einheitsfront gegenüber dem Unternehmertum und den reaktionären Elementen zu stärken.

In einem Artikel „Unterstützt und fördert das Volksbegehren“ schreibt der ADB in der Gewerkschaftszeitung vom 5. März:

„Die Durchführung des Volksbegehrens bedarf es in den nächsten Tagen gewaltiger Anstrengungen der organisierten Arbeiter, um in allen Teilen Deutschlands die Volksgenossen aufzurufen und sie zum Eingehen in die Einheitsfront zu bewegen. Das beiden antragstellenden Parteien kann diese Arbeit nicht allein überlassen bleiben.“

Sehr richtig! Es wäre besser gewesen, der ADB, hätte früher die Aufforderung an die Gewerkschaftler gerichtet und sich nicht gegen die Einheitsfront gewandt. Der Hinweis des ADB, bedeutet, daß nicht nur die Mitglieder, sondern auch die zentralen, legitimen und lokalen Leitungen der Gewerkschaften den organisatorischen Apparat in den Kampf für das Volksbegehren stellen. Flugblätter herausgeben und Propaganda betreiben. In allen Ecken muß jetzt sofort ein einheitliches Vorgehen erreicht und durchgeführt und zu diesem Zweck einheitliche Einheitskomitees gebildet werden, an denen sich die Gewerkschaften und Ortsvereine beteiligen müssen.

Recht heißt es: Die ungenutzten Kräfte, die eine solche Volksabstimmung erfordert, können von den Antragstellern niemals allein getragen werden. Deshalb muß der Zweck der Einheitsfront es allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht, zur Aufbringung der erforderlichen Mittel zu sein von den Parteien verschiedenen Organisationen zu beteiligen. In der mangelnden materiellen Opferwilligkeit darf dieses zugehörige Unternehmertum des Volksbegehrens nicht scheitern. Eine Verkäuflichkeit zwischen dem Volksbegehren aller reaktionären Elemente in Deutschland ist jetzt. Denn aber würde den mächtigen Parteien entgegen auch die Volk freigegeben sein.“

Auch diese Haltung kommt etwas spät. Den Gewerkschaftsmitgliedern muß zur Pflicht gemacht, die Zusammenlagen der Kommunisten Partei und der Sozialdemokraten zu unterstützen. Nun, auch die Zusammenlagen für das Volksbegehren und den Volksentscheid sind dann der größte Erfolg erzielen, wenn sie von Einheitskomitees organisiert wird. Die Frage der Einheitskomitees wird gerade durch die Aufforderung des ADB zu einer breiten, die aber! Praktisch durch einheitliches gemeinsames Handeln gelöst werden muß.

Wenn die Gewerkschaftszeitung sagt, daß es nicht genügt, nur die erforderlichen vier Millionen Mark für das Volksbegehren einzubringen, sondern das Volksbegehren bereits zeigen muß, daß der

Volksentscheid mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden kann, so ist notwendig, daß von allen Gewerkschaftsmitgliedern und -leitungen für das Volksbegehren mit allen Kräften gearbeitet und für ausreichende Kampfmittel gesorgt wird.

Darum Gewerkschaftler! Sorgt in Stadt und Land für einen vollen Sieg beim Volksbegehren und Volksentscheid!

Die Weisksteiner Bergarbeiter nehmen Stellung zur Generalversammlung des BVB.

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterhatter)

Die am 7. März im Verhältnis gut besuchte Versammlung besaß sich in der Hauptfrage mit den Vorschlägen des Hauptvorstandes und der Delegiertenfrage. Von den Genossen Honisch und Klein wurden einzelne Anträge des Hauptvorstandes herausgezogen und unter Kritik gesetzt. Es wurden nachfolgende Anträge einstimmig bezw. gegen einige Stimmen angenommen:

„Die Generalversammlung wolle beschließen, die §§ 22 und 30, 34 in der alten Form zu belassen. Begründung: Wir können es nicht für gut befinden, daß die an und für sich nicht allzu hohen Sätze der Gemäßregulierung und Streikunterstützung durch die Anträge des Hauptvorstandes um ein ganz bedeutendes geschmälert werden, wogegen § 34 (Krankenunterstützung) eine Erhöhung erhalten soll. Ganz abgesehen von den Krankheitsunfällen und der aus logischen Begleiterscheinungen eintretenden Not ist aber immerhin als Grundstoff der Organisation die Streik- und Gemäßregulierung in den Vordergrund zu stellen.“

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 7. März 1926 im Gauhof zur Gemeindegemeinschaften Mitgliederversammlung der Jahrsstelle Weiskstein besaß sich mit den vom Hauptvorstand gestellten Anträgen. Sie erhebt den schärfsten Protest, daß die §§ 22 und 30 des Statuts eine derartige Verschlechterung erfahren sollen. Sie ist fest überzeugt, daß bei einer eventuellen Annahme jeder Fall bei den Kameraden genommen ist und die Organisation dadurch in das Maximum versinkt. Sie beantragt deshalb, daß die beiden Paragraphen in der alten Form belassen werden.“

Folgender Antrag wurde gegen zwei Stimmen von der Versammlung gutgeheißen: „Die Generalversammlung wolle beschließen, denjenigen Kameraden des Hauptvorstandes, die Mandatsträger sind, kein Gehalt aus der Kasse des BVB. zu zahlen, sondern die Diäten als Entgelt zu betrachten.“

Begründet wurde dieser Antrag mit der Finanzkrise innerhalb der Organisation. Zu § 43 Abs. 5 beantragte die Versammlung folgendes: „Die Bezirksleitung soll durch Uerwahl der Mitglieder auf je ein Jahr gewählt werden.“

Bei § 47 Abs. 5 war die Versammlung einmütig der Auffassung, daß der Absatz 5 zu streichen sei welcher besagt, Dispositionen über parteipolitische und religiöse Fragen sind innerhalb des Verbandes streng unterlagt. Die Versammlung war fest überzeugt, daß, wenn Achtung dem Statut entgegengebracht werden soll, jedes einzelne Mitglied und vielmehr die Referenten sich gegen diesen Passus verteidigen.

Als letzter Antrag wurde der § 52 Abs. 3 behandelt und einstimmig dahingehend beschlossen, daß auf je 1000 Mitglieder ein Delegierter gewählt wird.

Zur Delegiertenfrage wurde einstimmig beschlossen, den Jahrsleiter Genossen Klein als ordentlichen, den Genossen Honisch als ersten Erstimman und den Kameraden Portmann als zweiten Erstimman zu wählen.

Jeder Ladenbesitzer

soll aufgefordert werden, seinen Kunden unsere Handzettel mitzugeben.

Beschwerung der Einzelnen

Die Gefahr von Verurteilung ist sehr groß, aber wenn man sich nicht an unsere Handzettel hält...

Gemeinsamer Kampf gegen den Monarchismus

Hier hat sich auf Grund der Forderungen, die von allen Seiten und aus allen Kreisen erhoben wurden...

Aufruf an die proletarischen Gesangsvereine und Bühnen

Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Zeilen gebeten: Alle im Bezirk Oberschlesien bestehenden proletarischen Gesangsvereine...

Hindenburg. Öffentliche Frauenversammlung

Am 6. März 1926. Der Einladung waren eine große Zahl Arbeiterinnen gefolgt. Der geschmückte Saal bot einen erhabenden Anblick.

Oppla. Die Frauen gegen sich

Am 3. März fand hier eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der die Reichstagsabgeordnete, Genossin Blum...

Hier Lage

Wiederholt die Lage hier in Rinderhille-Bohle

Wach. Die Kommitte der K. gehen nun Haus zu Haus, um die Arbeiterinnen über die politische Lage zu unterrichten.

Der Striegauer Magistrat gibt zu

Die Sitzung des Magistrats am 17. März 1926. Es handelte sich um die Beschaffung von Material für die Striegauer Magistrat.

In der Sitzung über die Kreditbewahrung an der Stadtbank...

Die Hausbesitzer der betreffenden Firma verhandeln jetzt über Maßnahmen zur Erhaltung der Firma.

Es freut uns außerordentlich, daß der Magistrat sich nach langem, langem Warten...

Wie entfernt man überflüssige Fürsten? Bubnaköpfe - Herrscher! Lamentieren unnötig!

Achtung! Achtung!

Advertisement for 'TRITTVORMARSCHOL' (Treadmarch) with details about the product and its benefits.

Aus der neuen Spezialnummer des satirischen Arbeiterblattes 'DER KNÜPPEL' zur Entzerrung der Fürsten.

Versammlungskalender

Bezirk Schlesien

- Parteiveranstaltungen: Breslau, Sonntag, 6. März, 10 Uhr im Fiedlerbüro. ... Kommunistischer Jugend-Verband: Breslau, Sonntag, 6. März, 7.30 Uhr in der Kavourierengasse.

- 1. Der Magistrat bezieht den Stadtbaukosten nicht 7.100.000 Mark...

Derselbe wendet immer noch an, ob 'menschenliches Ermessen' oder was sonst was beliebt.

Advertisement for 'Millionen' (Millions) with the slogan 'Keinen Pfennig den Fürsten!'.

Waldenburg. In den Waldschneefeldern. Ein schwerer Unfall ereignete sich in der Hartenbühlstraße.

Weging. Selbstmordgedanken. Wie meldeten gestern die Doppelstunde eines gewissen Ehepaars.

Waldenburg. Selbstmord eines Kindes. In der ehemaligen Wohnung eines gewissen Ehepaars.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Waldenburg. Ein Kind aus dem Jage getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag nachmittag.

Instruktionsabend in Breslau

heute Abend 7.30 Uhr, findet nicht in den Hubertusjulen, sondern in der 'Bratislawia', Mauriziusplatz, statt.

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Görlitz.

Auf Tollzahlung!
 Herren-, Damen- und Kinderkleidung
 Schürzen, Windjacken, Cardigan
 Federkleid, Bettwäsche usw.
 Bei Abzahlung ist Auswahl mit-
 zubringen
 Kein Probenaufschlag!
Görlitzer Tollzahlungsgesellschaft
Optiz & Jachowicz
 Dresdener Straße 10

Qualitätswaren in großer Auswahl
 in Zigarren, Zigaretten, Cigar
 empfiehlt
Paul Mattheus
 Obermarkt 1

J. Wieland
 Fisch- und Feinkost-Geschäft
Breitestr. 11

Wilhelm Hübner
 Vogtstraße 18
 Fleischer- und Wurstgeschäft

Hamburger Kaffee - Lager
Kurt Goldner
 Kolonialwaren - Delikatessen
 Weine
 Nur Landeskronestraße 10

Brot, Mehl, Futtermittel
 empfiehlt
Ed. Gerlach
 Nikolaigraben 11

Anna Schneider
 Schwarze Straße 6
 Fisch- u. Nahrungsmittel

Wareneinkaufshalle
 Inh.: Georg Sitaras, Bismarckstr. 3
 Kolonialwaren u. Lebensmittel
 6 Proz. Rabatt in blauen Marken

Theodor Wagner
 Drogenhandlung
Weberstr. 20
 Ecke Bäckerstraße
 gegenüber dem Handwerk
 Fernruf 383

Gustav Zschiesche
 Brüderstraße 14
 Bäckerei und Konditorei

Georg Menzel
 Apothelergasse
Rohfleischerei
 Telefon 1155

Jakob Teuscher
Sonnenstr. 2
 empfiehlt zu billigsten Preisen
Milch / Butter / Eier
Delikatessen

Albert Richter, Bismarckstr. 12
 empfiehlt Brot und Weißwaren
 zu billigsten Tagespreisen

Erhard Hirche
 Prager Straße 24
 Kolonialwaren - Tabakwaren
 Butter - Eier - ff. Wurst

Paul Schulz
 Kirchstr. 12
 Lebensmittel, Delikatessen

Karl Rösler, Ungers Nachf.
 Bismarckstraße 5
Tabak-Handlung

Kolonialwaren aller Art
 bei
Artur Sellwig
 Vogtstraße 3

Ellger's
 Herren- u. Damen-Feinwäsche
 Vogtstraße 22
 empfiehlt bei einer glücklichen Veranlassung!

Hans Grönweg
 Untermarkt 4
 Zigarren - Zigaretten
 Tabak

Max Thiers
 Untermarkt 11/12
 Fernsprecher Nr. 776 -
Kolonialwaren
Stets frisch geröstet:
Kaffee
Korn
Gerste

Rich. Gotschlich
 Lutherstr. 41
Kolonialwaren
 Fernruf 2412
 Gewähr auf sämtl. Waren
6 Prozent
 Rückgewähr in blauen Marken

Fritz Hasche
 vorm. Giltner
Feisörgeschäft
 Untermarkt 10

Gardinen
 Serie - Gärten
Metallbettstellen
 für Erwachsene und Kinder
 laufen die am billigsten
 im
Vogelwäldchen Gärten - Vertrieb
Görlitz, Langestr. 20 u. 41.

Valentin Preuß
 Kanauerstraße 14
 Sturz-, Weiß- und Wollwaren, Schürzen,
 Wäsche, Strümpfe usw.
 Nur echte Ware! Billige Preise
 Geogr. 1890 Geogr. 1890

Julius Sperling
Billige Kolonialwaren
 Landeskronestr. 8 Tel. 1671
 6 Prozent Rabatt in bar oder Marken

Fritz Frenzel
 Jüdenstraße 15
Fleischer- und Wurstgeschäft

Adolf Kluge
 Bautzener Straße 61
Kolonialwaren
und Lebensmittel
Charlotte Frenzel
 Jüdenstraße
 Kolonialwaren, Delikatessen
6% Rabatt!

Edmund v. Kopp
 Langenstraße 31
 Ecke Breitestraße
Kolonialwaren
Rauchwaren

Otto Töpfer
 37 Lutherstraße 37
 Lager fertiger Schuhwaren
 Reparaturen gut und billig

Bruno Meister
 Salomonstraße 25
Fleisch und
Wurstgeschäft
 Schuhmachermeister
Ernst Rumpf
 Lößbänkstraße 2
 empfiehlt seine Maß- u. Reparaturwerkstatt

E. Hartmann
 Langenstraße 9
 Stiefel u. Schuhe, neu u. getragen
 Hoizpantoffeln
 Samakchen, Rucksäcke sowie
 Säcke für alle Zwecke

Franz Klesatschek
 Jauerniker Str. 42
Fleisch u. Wurstwaren

Paul Görlitzer, Jauerniker Straße 43
 Ecke Lutherstraße
Bäckerei und Konditorei

Fritz Lange
Rohfleischerei
 Nonnenstr. 5 Telefon 415

Artur Rentsch
 Söbnerstraße 13
 Zigarren - Zigaretten - Tabak
 Kaffee, Tee, Schokoladen usw.

Martha Grünner's
 Vorkosthandlung
 Jüdenring 8

Johannes Straube
 Reißstraße 3
Brot- u. Feinbäckerei

Gustav Scholz
 Reißstraße 14
Fleischerei u. Wurstgeschäft

Edrich Ruhn, Söbnerstraße 1
 empfiehlt Brot und Weißwaren
 zu billigsten Preisen

Schube u. Stiefel
 erhalten Sie nach Maß gearbeitet
 und preiswert bei
Foskolos
 Steinweg

Gasthaus z. Lindenhof
 Bautzener Straße 45
 Inh. Paul Hermann
 empfiehlt seine Lokalitäten
 sämtlichen Arbeiter-Vereinen

In Frage kommt!
 frische Seefische, Flußfische, Räucherwaren
 Marinaden, Salzheringe
Fischhalle Hermann Jäger
 Handwerk 22
 zweiter Fischstand Am Wochenmarkt

Paul Matzel
 Hochstraße 2
Kolonialwaren und Lebensmittel

Sie kaufen gut
 Kleiderstoffe
 Bettwäsche
 Wäschestoffe
 Wollwaren
 Herren-Artikel
Paul Seller
 Landskronestraße 48
Seller & Scholz
 Breitestraße 4

Arbeiter
Angestellte
Beamte
 kaufen
hier
 bei den
 Anzeigen
 der
Görlitzer Arbeiter-Zeitung

Klara Jäschke
 Reißstraße 28
Kolonialwaren, Obst,
Gemüse, Milchhandlung
 6% Rabatt 6% Rabatt

Qualitätsmarken
 in
 Zigarren, Zigaretten
 Tabak
 empfiehlt
Fr. Richard Bauer
 Semianiplatz 21
 und Hohestraße 1

Richard Wölfel
 Landeskronestraße 44
sämtl. Korb- und Bürstenwaren
Spielewaren - Reparatur-Werkstatt

Paul Lehmann
Lebensmittelgeschäft
 Bautzener Straße 22

Edmund Friebe
 Brüderstraße 12
Lebensmittel

Vorteilhafter Einkauf
 in Lebensmitteln aller Art
 Konserven pp.
Hermann Methner
 Kamener Straße 1

Konfitüren
Schokoladen
 und Lebensmittel
 6 Proz. Rabatt 6 Proz. Rabatt
G. Richter's Nachf.
 Franz Demuth
 Jauerniker Straße 43

Niederlage
 der **Obermühle**
 Inhaber
M. Schneider
 Untermarkt 20
 empfiehlt
 beste backfähige hand-
 gesiebte Weizen- und
 Roggenmehle
 täglich frische
 kernige Landbutter
 zu billigsten
 Tagespreisen

August Hübner
 Reißstraße 9
Brot, Weiß- und Feinbäckerei

Bruno Latsch, Peterstraße 2
 Sämtliche Kolonialwaren sowie
 Butter, Milch, Eier
 Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak
 6 Prozent Rabatt in blauen Marken

Robert Werner
Holz- und Kohlen-Handlung
 Bismarckstraße 26, Ecke Langenstr.
 Kohlen und Scheits werden auf Wunsch
 ins Haus geliefert

Hans Frikische
 Untermarkt 22
Fleisch und Wurstwaren

Karl Schindler
 Rothemburger Straße Nr. 56
Kolonialwaren und Halbererprodukte
 6% Rabatt in blauen Marken

E. Michael
 Pragerstraße 63
 Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
 speziell Leinen- u. Bettwäsche

Robert Lange
 Bismarckstraße 71a
Bäckerei und Delikatessen

Artur Horter
 Langenstraße 4
Fleisch und Wurstwaren

Warbt neue
Abonnenten!

Ernst Buder
Kolonialwaren - Lebensmittel
 Rothemburger Straße 11

W. Wohland
Taschen-
 Reparaturen und Verkauf
Breitestraße 6 - 1. Etage

Max Georgi
 Landeskronestraße 18
Fleisch, Wurstwaren